

18.11.2013 - 20:20 Uhr

Nachholbedarf, Kommentar zur Vereinbarung in den Koalitionsverhandlungen über die Einführung einer Frauenquote in Aufsichtsräten, von Angela Wefers.

Frankfurt (ots) -

Für die SPD ist sie ein Achtungserfolg, für CDU/CSU ein kostenfreies Zugeständnis an den Koalitionspartner: die gesetzliche Frauenquote von 30% in Aufsichtsräten großer börsennotierter und mitbestimmungspflichtiger Unternehmen von 2016 an. Für den Vorstand und für kleinere börsennotierte Unternehmen gibt es mildernde Umstände. Dort dürfen die Firmen mit einer selbst gewählten, aber dann verpflichtenden Flexi-Quote operieren. So wird es im schwarz-roten Koalitionsvertrag stehen, wenn es die Parteispitzen billigen.

Es gibt viele gute Gründe, gegen eine starre Frauenquote zu sein, unabhängig ob in Unternehmen, Parteien oder öffentlichen Institutionen. Die meisten Frauen in Spitzenpositionen halten nichts davon - warum auch, nachdem sie sich mühsam in den Herrenclub gekämpft haben? Für Frauen, die über eine gesetzliche Quote in eine Führungsposition gelangen, wird es noch schwerer werden, sich zu behaupten. Ihnen wird das Etikett der Quotenfrau anhängen, ob berechtigt oder nicht.

Richtig ist auch, dass eine Einheitsquote über alle Branchen hinweg die Besetzung der Kontrollgremien nicht überall leichter macht. Frauen in ingenieur- und naturwissenschaftlichen Fächern sind schon an der Universität an Zahl den Männern unterlegen. Doch die Wirtschaft jammert zu Unrecht. Sie ruft nach Selbstregulierung und liefert nicht. Die Corporate-Governance-Kommission hat nur einen weichen Sammelbegriff namens "Diversity" zustande gebracht, wonach eine "angemessene Beteiligung" besonders von Frauen vorgesehen sein soll. Sie hätte auch gleich schreiben können: Ausländer, Frauen und andere Minderheiten...

Es gibt Nachholbedarf. Das Superwahljahr 2013 hat trotz aller Beteuerungen die Aufsichtsräte kaum weiblicher gemacht. Nur 8 von 30 Dax-Unternehmen - also nicht einmal 30% - haben 30%, höchstens 39% Frauen in ihren Aufsichtsräten. Dass unerfüllte Ankündigungen den Gesetzgeber provozieren, hätte die Wirtschaft vorhersehen können. Bei der Managervergütung war dies so, auch schon vor Jahren beim Übernahmekodex.

Es gibt zu wenige und sie wollen einfach nicht, ist ein vielbemühtes Argument, warum Frauen in Spitzenpositionen unterrepräsentiert sind. Eine gesetzliche Quote wird Katalysator sein, schon bei der Nachwuchskräfteplanung in den Unternehmen das ach so schwache Geschlecht zu fördern und die Belange berufstätiger Mütter stärker ins Visier zu nehmen. Dann wird die gesetzliche Quote bald schon Schnee von gestern sein.

(Börsen-Zeitung, 19.11.2013)

Kontakt:

Börsen-Zeitung
Redaktion

Telefon: 069--2732-0
www.boersen-zeitung.de

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100014783/100747273> abgerufen werden.